

Allschwil. Der sechste und letzte Finalist für den Prix SVC Nordschweiz ist das Pharmaunternehmen Polyphor. Es arbeitet an einer neuen Wirkstoffklasse. **Seite 33**

New York. Viagra und Botox gibt es künftig aus einer Hand. Pfizer will sich mit Allergan zum weltgrössten Pharmakonzern zusammenschliessen. **Seite 35**

Euro-Löhne für Grenzgänger

Impuls von Ökonom Rolf Weder beim Basel Economic Forum

Von Désirée Ünal und Patrick Griesser

Basel. Vorstoss in Zeiten des starken Frankens: Der Basler Wirtschaftsprofessor Rolf Weder hat sich gestern für Euro-Löhne für Grenzgänger ausgesprochen. Weder sieht für die Grenzregion einige Vorteile, wenn sich der Kostenblock in Euro für die Unternehmen erhöhen würde, wie er am Rande des Basel Economic Forums der BaZ sagte. Auch für die Grenzgänger brächte dies langfristig Vorteile, konstatierte der Professor für Aussenwirtschaft und Europäische Integration an der Veranstaltung, bei der die Wettbewerbsfähigkeit der Region im Zentrum stand.

Bisherige Versuche von Firmen mit Euro-Löhnen für Grenzgänger haben gezeigt: Wäre solch ein Schritt in der Region vor einigen Jahren während der Kaufkraftparität erfolgt, wäre er weniger umstritten gewesen, erklärte Weder. Er argumentierte auch in der aktuellen Situation für Euro-Löhne für Grenzgänger bei Schweizer Firmen: «Für viele kleinere und mittlere Unternehmen geht die derzeitige Situation an der Substanz», sagte Weder der BaZ. Wenn diese Firmen weiterhin in der Schweiz ansässig sein wollten, sei eine Umstellung auf Euro-Löhne eine Hilfe. Weder hat dabei die exportorientierten Firmen im Fokus, hält aber Euro-Löhne für Grenzgänger auch für die übrigen Unternehmen für sinnvoll.

Kein einseitiger Vorteil

Ein Nutzen für die Firmen: Sie könnten ihre Kosten senken und das Wechselkursrisiko reduzieren. Für die Grenzgänger würde dieses Risiko wegfallen, auch wenn sie mutmasslich Abstriche beim Lohn in Kauf nehmen müssten. Derzeit sei kaum damit zu rechnen, dass der Euro mittelfristig noch schwächer werde, sprach Weder aus der Perspektive der Grenzgänger. Er plädierte gestern für ein Szenario, in dem sich Mitarbeiter und Firmen auf einen Euro-Wechselkurs einigten. «Die entscheidende Frage ist, welcher der angepasste Wechselkurs ist», sagte Weder und betonte, dass die Firmen die Regelung permanent durchhalten müssten – also auch dann, wenn sich der Franken zum Euro abschwächen sollte.

Dem in der Diskussion um Euro-Löhne häufig vorgebrachten Argument, dass Euro-Löhne Grenzgänger diskriminieren würden, stellt Weder entgegen, dass derzeit die Schweizer benachteiligt werden, weil deren Reallöhne im Vergleich zu denen der Grenzgänger seit dem 15. Januar gesunken seien. Der florierende Einkaufstourismus ist für Weder ein Beleg dafür, dass die Grenzregion derzeit stärker betroffen ist als andere Regionen in der Schweiz.

Grundsätzlich spricht sich Weder dafür aus, dass angesichts der wirtschaftlich problematischen Situation



Besorgtes Podium. Felix Brill, Chef von Wellershoff & Partners, Reto Conrad, Finanzchef von Coop, Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer, Moderatorin Olivia Kühni, Jürg Erismann, Leiter des Standorts Basel/Kaiseraugst von Roche, BKW-Chefin Suzanne Thoma und Swissem-Direktor Peter Dietrich (von links). Fotos Bärtschiger

auch die Schweizer Löhne weiter unter Druck kommen sollten. «Wir müssen akzeptieren, dass die Nominallohne in der Schweiz stabil bleiben oder sinken können.» Die Kaufkraft müsse bei sinkenden Preisen nicht nachlassen.

Einen entscheidenden Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der Region Basel sieht Weder im Zugang zu ausländischen hochqualifizierten Arbeitskräften. Basel sei im Vergleich zu anderen Regionen für Grenzgänger erreichbar und biete eine höhere Standortqualität etwa aufgrund niedrigerer Steuern. Als weiteren Faktor nannte Weder den Zugang zu externen Märkten: Basel hänge stärker vom EU-Markt ab als die Schweiz insgesamt und sollte sich den Zugang sichern, etwa mit alternativen Abkommen zu den Bilateralen I. Ein Gedanke Weders: Er stiess ein Freihandelsabkommen zwischen der Nordschweiz und Baden-Württemberg an.

Steuerwettbewerb der Kantone

Die Wettbewerbsfähigkeit erhalten oder sogar stärken, das soll auch die Unternehmenssteuerreform III, die seit Juni 2015 dem Parlament zur Beratung vorliegt und die per 1. Januar 2017 in Kraft treten könnte. Zwei Jahre später soll die Reform in den Kantonen umgesetzt werden. Adrian Hug, Direktor der Eidgenössischen Steuerverwaltung, fasste zusammen: «Die Vorlage resultierte aus dem Druck der Grossstaaten der OECD und G-20.» Die Reform soll Konformität mit den Standards der OECD und der EU herstellen, indem keine bestimmten Gesellschaftsformen steuerlich privilegiert werden. Die Schweiz wolle dabei verhindern, dass



Mahnende Worte. Professor Rolf Weder stellte fest, dass viele Firmen mit dem Rücken zur Wand stehen.

Firmen das Land verlassen oder ihre Gewinne andernorts versteuern.

Eine Folge der Reform: Unternehmen könnten auf die sogenannten Patentboxen zählen, dank derer die aus Forschung und Entwicklung resultierten Gewinne niedriger besteuert werden würden. Dabei müssen die entsprechenden Patente aber zum Grossteil aus der inländischen Forschung entstanden sein, sagte Hug vor den rund 130 Teilnehmern des Forums. Er sieht im Zusammenhang mit Steuererleichterungen potenzielle Schwierigkeiten auf die kantonalen Behörden zukommen. Diese Erleichterungen würden ohne die Gewissheit gewährt, dass Forschung und Entwicklung zu Produkten führten und schliesslich Gewinne erzielt werden würden.

Bei den Verhandlungen zur Unternehmenssteuerreform III bekamen gemäss Hug die Kantone den von ihnen geforderten grossen Spielraum. Vor

allem Basel habe sein Anliegen erfolgreich einbringen können, so dass viele Teile der Reform auf die Bedürfnisse der Pharmaindustrie abgestimmt seien. Dennoch handle es sich bei dieser Reform nicht um eine «Lex Basel», stellte Hug fest. Für die kantonale Umsetzung der Steuerreform in den beiden Basel erwartet er ein Szenario, in dem sich die Nachbarkantone intensiv beobachten. Denn je nach Positionierung könnten sich Unternehmen aus Basel-Stadt ohne substanzialen Forschungsanteil dazu entschliessen, nach Baselland umzuziehen, antizipierte Hug einen neuen Steuerwettbewerb.

Nicht nur Steuern und Fachkräfte sind wesentliche Standortfaktoren, sondern auch der Zugang zu Energie, wie die Chefin der BKW, Suzanne Thoma, erläuterte. Investitionen in die Energieproduktion seien derzeit angesichts des tiefen Strompreises nicht rentabel, aber die Versorgung der Schweiz sei für die nächsten zehn Jahre gesichert. Für anstehende Investitionen, mit denen die langfristige Versorgung sichergestellt werden soll, müssten aber Investoren am Kapitalmarkt gewonnen werden. Diese benötigten vor allem stabile Rahmenbedingungen.

Regula Ruetz, die Direktorin der Forumsveranstalterin Metrobasel, mahnte in ihrer Einführung an, dass die Planungssicherheit in der Schweiz infrage gestellt sei. Barbara Gutzwiller, Direktorin des Arbeitgeberverbandes Basel und Co-Organisatorin, pflichtete Ruetz bei und nannte vor allem die Unsicherheit angesichts der weiterhin offenen Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative.

Transocean gibt Kotierung in der Schweiz auf

Hohe Kosten als Motiv – Swiss Life könnte in SMI aufrücken

Von Daniel Zulauf

Zug. Transocean, die aus Texas stammende Betreiberin von Bohrschiffen zur Erdölgewinnung, zieht sich von der Schweizer Börse zurück. Das entsprechende Gesuch für eine Dekotierung werde bei der SWX Swiss Exchange eingereicht, teilte das Unternehmen mit Sitz in Zug gestern mit. Die Aktien des Konzerns sollen fortan nur noch in New York gehandelt werden. Als Grund für die Dekotierung nannte ein Konzernsprecher die Kosten. Der Konzern leidet unter der Krise im Erdölsektor und zahlt seinen Aktionären derzeit keine Dividende aus.

Ein Motiv für den Rückzug ist möglicherweise auch die Minder-Initiative, die börsennotierte Unternehmen unter anderem zwingt, die Entschädigungen an Verwaltungsrat und Geschäftsleitung verbindlich durch die Generalversammlung gutheissen zu lassen. Doch weil Transocean den Geschäftssitz weiterhin in Zug hat, bleibt die Gesellschaft auch künftig dem Minder-Gesetz unterstellt.

Unter keinem guten Stern

Das Schweizer Listing von Transocean stand von Beginn weg unter keinem guten Stern. Am 20. April 2010 wurden die Titel zum ersten Mal in der Schweiz gehandelt. Der erste Schlusskurs lag bei 98,25 Franken. Am gleichen Tag brach auf der Plattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko das Feuer aus, das zu der bisher grössten Ölpest der Geschichte führte. Inzwischen kostete eine Transocean-Aktie noch 14,30 Franken.

Transocean verdrängte einst die Aktien des Versicherers Swiss Life aus dem Swiss Market Index (SMI) der 20 höchstkapitalisierten Unternehmen. Jetzt könnten die Swiss-Life-Valoren wieder in den SMI zurückfinden. Das ist derzeit jedenfalls das wahrscheinlichste Szenario, wie ein Sprecher der Börse auf Anfrage bestätigte.

Post-Finanzchef wird Banker

Pascal Koradi neuer CEO der Aargauischen Kantonalbank

Aarau. Post-Finanzchef Pascal Koradi (43) wird neuer Direktionspräsident der Aargauischen Kantonalbank (AKB). Er wird im dritten Quartal Nachfolger von Rudolf Dellenbach, der länger als ursprünglich vorgesehen die Geschicke der Bank leitete. Eigentlich hätte Andreas Waespi, der frühere Chef der Bank Coop, am 1. Mai 2015 neuer Chef der AKB werden sollen. Er war im Juli 2014 vom Bankrat zum Nachfolger von Rudolf Dellenbach gewählt worden. Aber Ende Oktober 2014 wurde Waespi von der Finanzmarktaufsicht (Finma) mit einem dreijährigen Berufsverbot belegt und konnte den Spitzenjob in Aarau nicht antreten. Grund waren Kursmanipulationen der Bank Coop bei der eigenen Inhaberaktie. Dellenbach blieb vorerst AKB-Chef.

Der Bankrat nahm die Suche nach Abschluss der Revision des AKB-Gesetzes wieder auf. Bei dieser Revision beschloss das Aargauer Kantonsparlament unter anderem die Deckelung der Entschädigung für den AKB-Chef. Dieser darf neu höchstens doppelt so viel verdienen wie ein Aargauer Regierungsrat. Ein Mitglied der Regierung erhält pro Jahr knapp 300 000 Franken.

Koradi ist als Finanzchef auch Mitglied der Konzernleitung der Schweizerischen Post. Für AKB-Bankpräsident Dieter Egloff und den Bankrat sei Pascal Koradi die Wunschbesetzung für das Amt des neuen Direktionspräsidenten, heisst es in der Mitteilung der AKB. Vor seinem Wechsel zur Post arbeitete Koradi für die Neue Aargauer Bank, zuletzt als Finanzchef. SDA

Franken-Hüter blicken nervös nach Frankfurt

Europäische Zentralbank könnte die Schweiz zur weiteren Verschärfung zwingen

Von Daniel Zulauf, Zürich

Zehn Tage vor der nächsten Ratssitzung der Europäischen Zentralbank (EZB) steigt der Puls in der Schweizerischen Nationalbank (SNB). In Erwartung weiterer EZB-Massnahmen zur Lockerung der monetären Bedingungen in der Euro-Zone stellen sich die Franken-Hüter auch auf das Szenario ein, dass die Euro-Hüter den Straffzins für Geschäftsbanken auf Euro-Einlagen bei der Notenbank von derzeit -0,2 Prozent weiter anheben beziehungsweise tiefer in den negativen Bereich verschieben werden.

Die SNB hatte am 18. Dezember 2014 die Einführung eines Negativzinsregimes angekündigt, das die Bestrafung von Notenbankeinlagen der Geschäftsbanken mit einem Zins von 0,25 Prozent belasten sollte. Die Massnahme wurde unter anderem mit der

Aufrechterhaltung einer angemessenen Zinsdifferenz zum Euro begründet. Noch bevor die Massnahme in Kraft trat, erfolgte am 15. Januar dieses Jahres die Aufhebung des Euro-Mindestkurses, welche mitunter eine Anhebung des Straffzinses auf -0,75 Prozent zur Folge hatte.

Dieser Satz ist bis heute gültig, könnte sich aber ändern, wenn die EZB ihrerseits den bestehenden Straffzins verschärfen würde. Dass die Euro-Wächter diesen Schritt machen werden, gilt bei vielen Marktbeobachtern als ebenso ausgemacht wie die Ausweitung des Programms zum Kauf von Anleihen.

Claude Maurer von der Credit Suisse geht davon aus, dass sich die SNB in einem solchen Fall genötigt sähe, ihren Straffzins auf ein Prozent zu erhöhen. Entsprechende Erwartungen hätten sich im Markt bereits gebildet und

jüngst zu einem Rückgang der Geld- und Kapitalmarktzinsen im Franken geführt, schreibt die Bank in einer Kurzanalyse. Auf Dreimonatseinlagen am Londoner Interbankenmarkt werden derzeit 0,7 Prozent verlangt, der negative Einlagenszins für dreimonatige Euro-Gelder bewegt sich bei rund 0,6 Prozent.

Ein ungeöffneter Giftschränk

Mit einer weiteren Erhöhung des Straffzinses würde sich die SNB auf einem politisch glatten Terrain weiter in die Gefahrenzone hinein begeben. Maurer geht zwar davon aus, dass sich die Zinsmassnahme durchsetzen liesse, ohne dass die Flucht ins Bargeld signifikant zunehmen würde. Dabei stützt er sich allerdings auf die eher vage Hoffnung, dass die Bargeldhortung bislang nicht genug Verbreitung erlangt hat, um die Politik der SNB zu unterlaufen.

Wenn dies in der Zukunft anders herauskommen sollte, müsste die SNB nolens volens den Bargeldverkehr einschränken, um die Wirkung ihrer Politik zu gewährleisten. Das aber wäre ein Giftschränk, den das Noteninstitut aus politischen Gründen bislang nicht anzutasten wagte.

Eine erneute starke Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro kann die SNB mit Blick auf die fragile Konjunkturlage in der Schweiz kaum zulassen. Der aktuelle Euro-Kurs von 1,08 Franken liegt nach allen möglichen Berechnungen immer noch rund 15 Prozent über dem fairen Kurs und die Exportindustrie sehnt sich nach einer Normalisierung. Vor diesem Hintergrund setzt die SNB grosse Hoffnungen in die US-Notenbank, die möglicherweise Mitte Dezember den Ausstieg aus der Nullzinspolitik endlich in Angriff nehmen wird.